

Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Mag. Mayer, Klubobmann Dr. Schöppl und Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (Nr. 196 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Bezügegesetz 1998 geändert wird

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in der Sitzung vom 18. Dezember 2024 mit dem Antrag befasst.

Klubobmann Abg. Mag. Mayer berichtet, dass gemäß § 4 Abs 6 des Salzburger Bezügegesetzes 1998 die Bezüge von Landes- und Gemeindepolitikern sowie einer Hand voll anderer Funktionen jährlich mit einem Anpassungsfaktor valorisiert würden. Die Präsidentin des Rechnungshofes lege fest, wie hoch dieser Anpassungsfaktor sein solle. Dies habe sie am 4. Dezember 2024 getan und einen Anpassungsfaktor von 1,046 für das Jahr 2025 kundgemacht. Abweichend davon solle in Salzburg eine Erhöhung lediglich mit dem Faktor 1,035 beschlossen werden.

Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA stellt fest, dass er die Erhöhung der Bezüge um 3,5 % für passend erachte, denn diese Erhöhung bekämen auch die Beamtinnen und Beamten. Er halte nichts davon, die Arbeit der Politik in jährlichen Nulllohnrunden zu entwerten. Es sei natürlich keine Frage, dass die Politik auch ihren Beitrag leisten solle. Eine Erhöhung von 3,5 % statt 4,6 % sei für ihn daher ein gangbarer Weg.

Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd sagt, dass es wohl niemanden erstaunen werde, dass die KPÖ PLUS dieser Bezugserhöhung nicht zustimmen werde. Die KPÖ PLUS sei sehr wohl dafür, dass man Arbeit fair entlohne. Hier müsse man aber zunächst einmal bei den unteren Einkommenssegmenten dafür sorgen, dass diese auf ein gewisses Niveau gehoben würden. Zudem sei ständig von der Notwendigkeit eines Sparbudgets die Rede. In so einem Fall sollten Politikerinnen und Politiker mit gutem Beispiel vorangehen. Es gehe auch um die Frage, wie viel man denn brauche. Wenn Bezüge in einem Bereich schon sehr gut seien, so handle es sich dabei um Menschen, die eine Erhöhung nicht so dringend brauchten, zumal die meisten Abgeordneten ja auch noch einer bezahlten Tätigkeit nachgingen. Eine Nulllohnrunde wie auf Bundesebene wäre daher vorzuziehen gewesen.

Klubobmann Abg. Mag. Mayer kritisiert, dass sich die Abgeordneten der KPÖ PLUS gegen die Änderung des Bezügegesetzes aussprächen, in dem Wissen, dass sie die Erhöhung trotzdem erhielten und die Differenz dann an die Partei spendeten. Ehrlich wäre eine Ablehnung der Bezugserhöhung aus seiner Sicht nur dann, wenn die KPÖ PLUS bei der Beantragung der Parteienförderung von der Möglichkeit Gebrauch machen würde, entsprechend weniger Parteienförderung zu beantragen.

Klubobmann Abg. Dr. Schöppl findet es erfreulich, dass in Salzburg Regierung und wesentliche Teile der Opposition der Überzeugung seien, dass die Arbeit in der Politik einen Wert habe und auch Wertschätzung verdiene. Erfreulich sei auch, dass die Entscheidung über die Bezüge als originäre Entscheidung des Landtags gesehen werde und man das entscheide, was man hier in Salzburg für richtig empfinde.

Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd weist darauf hin, dass es in der KPÖ PLUS eine Gehaltsbeschränkung bei Politiker:innenbezügen gebe. Diese Beschränkung gelte unabhängig vom Ausmass allfälliger Bezugserhöhungen. Beträge über dieser Grenze seien keine Parteiabgabe, sondern flößen in den Sozialfonds und kämen den Menschen zugute, die in die Sprechstunde der KPÖ PLUS kämen. Zur Anregung hinsichtlich des Verzichts auf einen Teil der Parteienförderung sei sie der Meinung, dass es wohl nicht viel bringen werde, wenn nur eine Partei darauf verzichte, die anderen jedoch nicht. Es sei nach wie vor eine politische Forderung der KPÖ PLUS, die Parteienförderung zu kürzen, dies müsse aber bedeuten, dass dies für alle Parteien gelte.

In der Spezialdebatte meldet sich zu den Ziffern 1. und 2. niemand zu Wort und werden diese mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und SPÖ gegen die Stimmen von KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Antrag der Abg. Klubobmann Mag. Mayer, Klubobmann Dr. Schöppl und Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Bezügegesetz 1998 geändert wird, wird mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und SPÖ gegen die Stimmen von KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und SPÖ gegen die Stimmen von KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Nr. 196 der Beilagen enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 18. Dezember 2024

Der Vorsitzende:

Schernthaler MIM eh.

Der Berichterstatter:

Mag. Mayer eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 18. Dezember 2024:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und SPÖ gegen die Stimmen von KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.

